

Hauptausschuss

Protokoll Nr. HA/08/2023

über die öffentliche/nicht öffentliche Sitzung des Hauptausschusses
am 11.12.2023,
Ahrensburg, Peter-Rantzau-Haus, Manfred-Samusch-Str. 9, Saal

Beginn öffentlicher Teil	19:30	Uhr
Beginn nicht öffentlicher Teil	21:43	Uhr
Ende der Sitzung	21:48	Uhr

Anwesend

Vorsitz

Herr Detlef Levenhagen

Stadtverordnete/r

Herr Dr. Bernd Buchholz
Herr Peter Egan
Herr Stefan Gertz
Frau Nadine Levenhagen
Herr Béla Randschau
Herr Uwe Gaumann

i.V.f. Herrn Siller

Weitere Stadtverordnete, Beiratsmitglieder

Herr Helmut Frank
Herr Dr. Detlef Steuer
Herr Benjamin Stukenberg

Seniorenbeirat
Stadtverordneter / Gast
Bürgervorsteher

Verwaltung

Herr Eckart Boege
Herr Marcel Grindel
Frau Tanja Eicher
Frau Meike Niemann
Herr Matthias Bollmann
Frau Kerstin Bath
Herr Jannis Heyne
Frau Birte Mügge
Frau Peggy Ehrig

Bürgermeister
FBL I
FBL III
RPA
PR
I.2
IV.4
IV.4
Protokollführerin

Entschuldigt fehlt/fehlen

Herr Wolfgang Siller

Behandelte Punkte der Tagesordnung:

Ö f f e n t l i c h e r T e i l

1. Begrüßung und Eröffnung der Sitzung
2. Feststellung der Beschlussfähigkeit
3. Einwohnerfragestunde
4. Festsetzung der Tagesordnung
5. Einwände gegen die Niederschrift Nr. HA/07/2023 vom 20.11.2023
6. Berichte/Mitteilungen des Bürgermeisters
 - 6.1. Berichte gem. § 45 c GO
 - 6.2. Sonstige Berichte/Mitteilungen des Bürgermeisters
7. Vorbereitung der Stadtverordnetenversammlung am 18.12.2023
8. Planung Neubau Rathuserweiterung – Übergang in die LPH 3 **2023/090**
9. Ahrensburger Stadtfest **2023/130**
Antrag auf Kostenübernahme der Sondernutzungsgebühren und der temporären Verkehrsbeschilderung für die Jahre 2024 bis 2026
10. Vorläufiger Weiterbetrieb badlantic **2023/036/1**
11. Erlass der Haushaltssatzung 2024 **2023/106**
- Beschlussfassung über den Stellenplan 2024
12. Erlass der Haushaltssatzung für das Haushaltsjahr 2024 **2023/102**
13. Anfragen, Anregungen, Hinweise

N i c h t ö f f e n t l i c h e r T e i l

14. Berichte/Mitteilungen des Bürgermeisters

14.1. Sonstige Berichte/Mitteilungen des Bürgermeisters

15. Ehrung verdienstvoller Persönlichkeiten

2023/131

16. Anfragen, Anregungen, Hinweise

Ö f f e n t l i c h e r T e i l

1. Begrüßung und Eröffnung der Sitzung

Der Vorsitzende des Hauptausschusses, Herr D. Levenhagen von der CDU-Fraktion, begrüßt die Anwesenden und eröffnet die Sitzung.

2. Feststellung der Beschlussfähigkeit

Der Vorsitzende des Hauptausschusses stellt die Beschlussfähigkeit mit 7 Ausschussmitgliedern fest. Ausschussmitglied Siller von der CDU-Fraktion wird von Ausschussmitglied Gaumann von der CDU-Fraktion vertreten.

3. Einwohnerfragestunde

Anfragen bzw. Anregungen von Einwohnerinnen und Einwohnern werden nicht gestellt.

4. Festsetzung der Tagesordnung

Vorsitzender Levenhagen beantragt die Tagesordnungspunkte 11 „Beschlussfassung über den Stellenplan 2024“ und 12 „Erlass der Haushaltssatzung für das Haushaltsjahr 2024“ nur zu beraten ohne Abstimmung.

Die Ausschussmitglieder stimmen einvernehmlich zu.

Vorsitzender Levenhagen beantragt die Absetzung von Tagesordnungspunkt 10 „Vorläufiger Weiterbetrieb badlantic“.

Die Ausschussmitglieder stimmen einvernehmlich zu.

Vorsitzender Levenhagen lässt über den nicht öffentlichen Teil der Tagesordnung abstimmen.

Die Ausschussmitglieder stimmen einvernehmlich zu.

Der Hauptausschuss stimmt der mit Einladung vom 28.11.2023 versandten Tagesordnung zu.

Abstimmungsergebnis:

7	dafür
/	dagegen
/	Enthaltung(en)

5. Einwände gegen die Niederschrift Nr. HA/07/2023 vom 20.11.2023

Einwände gegen die Niederschrift Nr. HA/07/2023 bestehen nicht.

6. Berichte/Mitteilungen des Bürgermeisters

6.1. Berichte gem. § 45 c GO

– *Siehe nicht öffentliche Anlage* –

6.2. Sonstige Berichte/Mitteilungen des Bürgermeisters

Bürgermeister Boege erläutert den allgemeinen Bericht und geht dabei unter anderem auf die Einführung der Bezuschussung zum Deutschlandticket ein. Der Bericht wird dem Protokoll als **Anlage** beigefügt.

Herr Grindel (FBL I) stellt den Bericht zum WLAN vor, welcher dem Protokoll als **Anlage** beigefügt wird. Er erklärt, dass der Hauptausschuss erneut informiert wird nach Abwägung der verschiedenen Angebote.

Bürgermeister Boege erläutert einen Bericht zu Fahrtkosten für Städtepartnerschaften, welcher dem Protokoll als **Anlage** beigefügt wird. Sofern man sich dafür entscheidet den Haushaltsansatz zu erhöhen müsse hierzu eine Anpassung der Förderrichtlinie erfolgen.

Ausschussmitglied Egan von der WAB-Fraktion fragt, wie i.d.R. die Finanzierung der Unterbringung erfolgt.

Bürgermeister Boege antwortet, dass die Finanzierung der Unterbringung von den Vereinen und Vereinsmitgliedern finanziert wird und ggf. auch Zuschüsse vom Kreis möglich sind. Frau Eicher (FBL III) ergänzt, dass die Unterbringung i.d.R. in Privatfamilien stattfindet.

Bürgermeister Boege verliest einen Bericht zum Sachstand der Ausschreibung eines neuen Marktbetreibers. Der Bericht wird dem Protokoll als **Anlage** beigefügt.

7. Vorbereitung der Stadtverordnetenversammlung am 18.12.2023

Bürgermeister Stukenberg erläutert die Tagesordnung der Stadtverordnetenversammlung am 18.11.2023. Er führt aus, dass der Haushalt nicht auf der Tagesordnung ist, weil es hierzu noch Beratungsbedarf gibt.

Er erklärt, dass die Tagesordnungspunkte 7, 8 und 9 der Stadtverordnetenversammlung am 18.12.2023 (betreffend die Schulen) wieder auf der Tagesordnung sind, weil in der letzten Stadtverordnetenversammlung nicht ausdrücklich festgelegt wurde, bis wann diese vertagt werden sollen. Ausschussmitglied Egan von der WAB-Fraktion kündigt an, dass erneut mit einem Antrag auf Vertagung dieser Tagesordnungspunkte zu rechnen ist.

Bürgermeister Boege erläutert, dass es seitens der Verwaltung einen Antrag auf Vertagung des Tagesordnungspunktes 12 (VHS) geben wird.

8. Planung Neubau Rathuserweiterung – Übergang in die LPH 3

Frau Mügge und Herr Heyne stellen eine Präsentation zum Rathuserweiterungsbau vor. Die Präsentation wird dem Protokoll als **Anlage** beigelegt.

Bürgermeister Boege erläutert, dass das Erdgeschoss bewusst so gestaltet wurde um auch mehr Möglichkeiten für die Selbstverwaltung zu eröffnen für z.B. Räumlichkeiten für Ausschuss- oder Fraktionssitzungen.

Ausschussmitglied Gaumann von der CDU-Fraktion geht auf die Kostenexplosion von 6,6 Mio. Euro auf 10 Mio. Euro ein und bittet um eine genauere Aufschlüsselung dieser erhöhten Kosten.

Frau Mügge erläutert, dass nach der Leistungsphase 3 (LP3) eine Kostenberechnung erfolgt mit einer wesentlicheren Tiefe als die aktuelle Kostenschätzung. Mit dieser Kostenberechnung ist ca. im Mai 2024 zu rechnen.

Ausschussmitglied Dr. Buchholz von der FDP-Fraktion erfragt die Kosten für die LP3. Er führt aus, dass die FDP-Fraktion dem Rathuserweiterungsbau kritisch entgegensteht.

Frau Mügge und Herr Heyne führen aus, dass diese Honoraraufstellung ca. doppelt so viel kostet wie die Leistungsphase 2. Man rechnet hier mit ca. 160.000 €. Die Leistungsphase 4 hingegen würde dann entsprechend deutlich günstiger.

Anmerkung der Verwaltung:

Die Frage nach den konkreten Kosten ist derzeit schwierig zu beantworten, da ein Gesamtvolumen mit den anrechenbaren Kosten z.T. beauftragt wurde. Die Kosten werden bei den Fachplanern im Detail abgefragt. Eine Antwort kann daher erst Anfang Januar 2024 gegeben werden.

Ausschussmitglied Egan von der WAB-Fraktion führt aus, dass die WAB dem Rathuserweiterungsbau ebenfalls nicht positiv gegenübersteht. Er geht auf eine fundamentale Problematik ein und erklärt, dass durch den Rathuserweiterungsbau die jährliche Miete für das Rathaus Nord i.H.v. 400.000€ eingespart werden sollte. Durch die Kostensteigerung läge man nun jedoch mit Abschreibung und Zinsen bei höheren Kosten als der jährlichen Miete. Ausschussmitglied Egan führt aus, dass die LP3 im 3. Quartal 2023 beginnen sollte.

Frau Mügge bestätigt, dass die LP3 bereits begonnen hat und bis ca. Februar/März 2024 andauern wird.

Ausschussmitglied N. Levenhagen von der Fraktion BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN stellt klar, dass die Selbstverwaltung den Auftrag bis einschließlich LP3 beschlossen hat. Bürgermeister Boege bestätigt dies.

Bürgermeister Boege führt aus, dass in der Leistungsphase 0 nur eine ganz grobe Kostenschätzung möglich ist. Hinzu kam eine enorme Kostensteigerung. Zukünftig müsse man einen transparenten Weg finden mit solchen Entwicklungen umzugehen.

Vorsitzender Levenhagen von der CDU-Fraktion fragt nach den Auswirkungen des Rathuserweiterungsbaus auf den Denkmalschutz des Rathauses.

Frau Mügge erklärt, dass der Denkmalschutz Auswirkungen habe, aber nicht auf die Außenhülle. Bürgermeister Boege ergänzt, dass bei der Fassade im Rahmen des Wettbewerbs alle Kriterien berücksichtigt wurden.

Ausschussmitglied Gaumann von der CDU-Fraktion erfragt, welche Stellschrauben noch möglich sind um die Kosten einzugrenzen.

Stadtverordneter Dr. Steuer von der WAB-Fraktion gibt an, dass ihm die Begründung für die Steigerung der Kosten fehlt. Er fragt, was die Preise so steigen lässt und ob diese starke Kostensteigerung an der Tiefgarage und/oder den Doppelparkern liegt. Er bittet um eine Ausarbeitung bis Mai 2024.

Ausschussmitglied Dr. Buchholz von der FDP-Fraktion rät von diesem Projekt ab und begründet dies damit, dass es ihm nach Corona nicht mehr zeitgemäß erscheint in Großraumvarianten zu denken.

Bürgermeister Boege erläutert, dass die Planung des 1. OG auf hohe Flexibilität ausgerichtet ist und Flex-Desk-Lösungen etc. beinhaltet.

Ausschussmitglied Dr. Buchholz von der FDP-Fraktion fragt nach der Anzahl der Arbeitsplätze im Rathaus sowie im neu geplanten Rathuserweiterungsbau. Herr Grindel (FBL I) führt hierzu aus, dass der Rathuserweiterungsbau bereits jetzt nicht ausreicht um alle Mitarbeiter vom Rathaus Nord dort unterzubringen. Es müssen entsprechende Strategien im Zusammenarbeit mit dem Personal erarbeitet werden.

Ausschussmitglied Egan von der WAB-Fraktion fragt nach den Kosten für einen Rathuserweiterungsbau mit lediglich einem Versorgungskeller bzw. nach den Kosten für nur 2 Geschosse. Er würde gerne wissen, was baulich möglich wäre mit einer Kostenbegrenzung auf 7 Mio. Euro.

Vorsitzender D. Levenhagen von der CDU-Fraktion führt aus, dass Mitarbeiter seiner Meinung nach nicht zwingend zusammensitzen müssen. Demnach hinterfragt er, ob es sinnvoll ist nochmals über den Kauf des derzeit angemieteten Rathaus Nord nachzudenken.

Stadtverordneter Stukenberg von der Fraktion BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN gibt den Hinweis, dass es wichtig sei persönlich abschließbare Schließfächer in offenen Workspace-Varianten vorzusehen.

Ausschussmitglied Dr. Buchholz von der FDP-Fraktion bittet um neue Denkweisen. Es sei realistisch, dass sich 3 Personen einen Arbeitsplatz

teilen.

Bürgermeister Boege merkt an, dass derartige moderne Arbeitswelten im derzeitigen Rathaus Nord kaum umsetzbar wären und diese viel eher mit einem entsprechenden Neubau ermöglicht werden können.

Ausschussmitglied Randschau von der SPD-Fraktion weißt alle darauf hin, dass die LP3 bereits beauftragt ist und begonnen hat. Eine detaillierte Planung könne man nach Abschluss der LP3 beraten.

Ausschussmitglied Egan von der WAB-Fraktion wünscht sich eine Kostenanalyse mit einem Geschoss weniger und bittet darum die gesamten Arbeitsplätze der Rathausmitarbeiter im Gesamtbild zu betrachten.

Ausschussmitglied N. Levenhagen von der Fraktion BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN schließt sich Ausschussmitglied Randschau an und ergänzt, dass ihrer Meinung nach über das Thema Homeoffice keine Kosten beschnitten werden sollten.

Bürgermeister Boege weist daraufhin, dass auch die Mitarbeiter ein Mitbestimmungsrecht bei der Gestaltung ihrer Arbeitsplätze haben und dass es einen sinnvollen Interessenausgleich geben muss. Durch sehr unterschiedliche Arbeitsfelder sind einige Lösungsansätze nicht auf alle anwendbar.

Herr Bollmann (PR) bestätigt, dass nicht alle Arbeitsplätze telearbeitsfähig sind und führt als Beispiel das Einwohnermeldeamt an. Es seien aktuell 72 Mitarbeiter im Rathaus Nord sowie 8 Mitarbeiter in der Holzbaracke untergebracht. Insgesamt 80 Mitarbeiter die unterzubringen sind. Auch im Haupthaus gibt es noch vakante Stellen und man wird perspektivisch noch mehr Personal / Arbeitsplätze benötigen.

Ausschussmitglied Egan von der WAB-Fraktion würde gerne einen Antrag stellen mit einer alternativen Planung für max. 8 Mio. Euro. Ausschussmitglied N. Levenhagen von der Fraktion BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN stellt klar, dass dies bedeuten würde, dass man eine neue Prüfung für die Alternative bis zur LP3 beauftragen müsste und entsprechende Kosten entstehen. Die Ausschussmitglieder einigen sich darauf zunächst die laufende LP3 abzuwarten und Ausschussmitglied Egan von der WAB-Fraktion stellt keinen Antrag für eine alternative Prüfung.

**9. Ahrensburger Stadtfest
Antrag auf Kostenübernahme der Sondernutzungsgebühren und der
temporären Verkehrsbeschilderung für die Jahre 2024 bis 2026**

Ausschussmitglied Randschau von der SPD-Fraktion erklärt, dass die SPD den Punkt 2 der Beschlussvorlage problematisch sieht und höchstens 8.000.€ statt 13.000 € mittragen würde. Insgesamt käme man dann auf eine Summe von 15.000 € die man mit den Kosten für die Musiknacht gleichsetzen kann.

Bürgermeister Boege erläutert, dass die Kosten i.H.v. 13.000 € durch die Anwendung des Verkehrsrechts entstehen.

Ausschussmitglied Dr. Buchholz von der FDP-Fraktion erläutert, dass die Kosten von der Stadt erhoben werden und man dem Stadtforum entsprechend entgegenkommen sollte. Grundsätzlich habe sich die Wirtschaftlichkeit geändert und man solle froh sein, dass das Stadtforum das Stadtfest überhaupt bereit ist auszurichten.

Ausschussmitglied Gaumann von der CDU-Fraktion stimmt zu.

Bürgermeister Boege erläutert auf Nachfrage, dass die 13.000 € für die Verkehrsbeschilderung pro Jahr zu verstehen sind.

Ausschussmitglied Randschau von der SPD-Fraktion erwidert, dass das Geld für die notwendige Verkehrsbeschilderung letztlich an ein Unternehmen geht, welches mit der Beschilderung beauftragt wird und nicht an die Stadt selbst.

Ausschussmitglied Egan von der WAB-Fraktion findet es grundsätzlich bedenklich solche Veranstaltungen wie z.B. Stadtfest oder Musiknacht dauerhaft zu subventionieren – vor allem bei einem kommerziellen Hintergrund. Wenn sich eine Veranstaltung nicht rechnet, dann sollte man sie überdenken.

Ausschussmitglied Dr. Buchholz von der FDP-Fraktion entgegnet, dass andere Städte solche Feste direkt kommunal planen und ausrichten. Ein Stadtfest habe einen großen Anteil an der Kulturförderung und schafft Begegnungen.

Herr Frank, Mitglied des Seniorenbeirates, führt aus, dass die Stadt einmal ein Stadtfest ausgerichtet habe und dies aufgrund des hohen personellen Aufwandes nicht nochmal möglich war.

Ausschussmitglied N. Levenhagen von der Fraktion BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN erläutert, dass sich bei einem Stadtfest auch die Wirtschaft vorstellt und es somit auch zur Wirtschafts- und Freizeitförderung beiträgt. Es ist somit unterstützenswert.

Ausschussmitglied Gertz von der Fraktion BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN findet, dass man sich bei der Kostenübernahme nicht direkt auf 3 Jahre festlegen sollte.

Bürgermeister Boege erklärt, dass die finanzielle Unterstützung der Stadt für das Stadtforum ein sehr wichtiges Kriterium ist hinsichtlich der Durchführung des Stadtfestes.

Vorsitzender D. Levenhagen von der CDU-Fraktion erklärt, dass es sich bei den benannten 13.000 € nur um eine Höchstsumme handelt und lediglich die tatsächlich entstandenen Kosten abgerechnet werden.

Ausschussmitglied Randschau von der SPD stellt einen Änderungsantrag zu Punkt 2 von 13.000€ auf 8.000€.

Vorsitzender D. Levenhagen von der CDU-Fraktion verliest den folgenden Änderungsantrag:

Beschlussvorschlag:

1. Dem Antrag auf Kostenübernahme der Sondernutzungsgebühren wird zugestimmt. Die Kosten betragen pro Jahr 7.000 € und werden in den Jahren 2024, 2025 und 2026 als Projektzuschuss gewährt und nach Rechnungslegung vom PSK 57105.5431010 auf das PSK 54100.4321000 umgebucht.
2. Dem Antrag auf Kostenübernahme der temporären Verkehrsausschilderungen während des Stadtfeste 2024, 2025 und 2026 wird zugestimmt. Die Kosten betragen ca. **8.000 €** (Rechnungsergebnis 2023 = 11.008,45 €) und werden auf Nachweis (Vorlage der Originalrechnung des Dienstleisters) bis höchstens zu diesem Betrag mit dem Veranstalter abgerechnet.
3. Die Bezuschussung erfolgt unter Vorbehalt der Haushaltsgenehmigungen der Jahre 2024 bis 2026.

Abstimmungsergebnis:

2	dafür
5	dagegen
/	Enthaltung(en)

Der Änderungsantrag wurde mehrheitlich abgelehnt.

Vorsitzender D. Levenhagen von der CDU-Fraktion verliest den Beschlussvorschlag der Vorlage 2023/130 über den anschließend abgestimmt wird.

Beschlussvorschlag:

1. Dem Antrag auf Kostenübernahme der Sondernutzungsgebühren wird zugestimmt. Die Kosten betragen pro Jahr 7.000 € und werden in den Jahren 2024, 2025 und 2026 als Projektzuschuss gewährt und nach Rechnungslegung vom PSK 57105.5431010 auf das PSK 54100.4321000 umgebucht.
2. Dem Antrag auf Kostenübernahme der temporären Verkehrsausschilderungen während des Stadtfeste 2024, 2025 und 2026 wird zugestimmt. Die Kosten betragen ca. 13.000 € (Rechnungsergebnis 2023 = 11.008,45 €) und werden auf Nachweis (Vorlage der Originalrechnung des Dienstleisters) bis höchstens zu diesem Betrag mit dem Veranstalter abgerechnet.
3. Die Bezuschussung erfolgt unter Vorbehalt der Haushaltsgenehmigungen der Jahre 2024 bis 2026.

Abstimmungsergebnis:

6	dafür
/	dagegen
1	Enthaltung(en)

2023/036/1

10. Vorläufiger Weiterbetrieb badlantic

-- abgesetzt --

Siehe Top 4 „Festsetzung der Tagesordnung“.

11. **Erlass der Haushaltssatzung 2024 - Beschlussfassung über den Stellenplan 2024**

Herr Grindel (FBL I) führt aus, dass die Kollegen/innen unser wichtigster Erfolgsfaktor sind und die Verwaltung stets in Personal-Konkurrenz zu anderen Unternehmen und Gemeinden steht. Man müsse früh Vorsorge tragen, dass möglichst keine Stellen unbesetzt sind.

Er gibt einen Hinweis auf eine Empfehlung des Landesrechnungshofes wonach eine Faustregel besagt, dass die Personalkosten ca. $\frac{1}{4}$ der Gesamtkosten der Verwaltung betragen sollten. Alles darunter sei ein Hinweis auf Personalbedarf. Aktuell liegt die Stadt Ahrensburg nach dieser Faustregel bei 21%.

Im Weiteren geht Herr Grindel kurz auf die Themenbereiche Stellenbesetzung, Digitalisierung und Personalbindung ein.

Vorsitzender D. Levenhagen von der CDU-Fraktion fragt, ob man sich die eingeworbenen Stellen überhaupt leisten kann. Gleichermaßen geht er darauf ein, dass man eine soziale Verantwortung habe und die Überlastung der Mitarbeiter/innen nicht in den privaten Bereich überschlagen darf. Es gilt einen guten Mittelweg zu finden.

Ausschussmitglied Dr. Buchholz von der FDP-Fraktion erläutert, dass der Personalaufwand von zuvor 19% auf bereits 21% gestiegen sei. Auch in Bezug auf andere Kennzahlen sei der Personalbedarf der Stadt Ahrensburg oberhalb der Grenzen. Er führt an, dass sich zum Ist 2023 von 18,5 Mio. Euro zum Soll 2024 von 24,8 Mio. Euro eine Steigerung von 34,7% ergibt. Hiermit hält er den Haushalt für nicht genehmigungsfähig und betont, dass es die Aufgabe der Selbstverwaltung sei einen ausgeglichenen Haushalt zu verabschieden jedoch auch Aufgabe der Verwaltung sei einen solchen bereits vorzulegen.

Er führt weiter aus, dass einige Begründungen für ihn nicht tragen (z.B. ein Sperrvermerk nach Aufgabenklärung – hier sollten zunächst die Aufgaben geklärt werden).

Bürgermeister Boege erläutert, dass es sinnvoll ist die Kennzahlen im Vergleich zum Haushaltsvolumen zu betrachten, weil man schließlich auch betrachten muss, was man sich als Stadt leistet. Bei den Kosten pro Einwohner läge man im unteren Drittel. An einigen Stellen wurde das Personal trotz Aufgabenzuwachs nicht angepasst und man muss Arbeitsbedingungen schaffen, welche nicht überfordern.

Ausschussmitglied Egan von der WAB-Fraktion geht darauf an, dass die Steigerung an den in der Vergangenheit 40 unbesetzten Stellen liegt. Die Planung für das Soll 2024 geht von einer vollen Besetzung aus. Er merkt an,

dass die Struktur einer Gemeinde sehr ausschlaggebend ist.

Herr Grindel (FBL I) weist auf die vollständige Änderungsliste hin und gibt den Ausschussmitgliedern die Gelegenheit für Nachfragen zu einzelnen Stellen.

Ausschussmitglied Randschau von der SPD-Fraktion erläutert, dass die Beratungen in seiner Fraktion noch nicht abgeschlossen sind. Er hinterfragt die Erhöhung der Besoldung der Hausmeister.

Herr Grindel (FBL I) führt aus, dass ein Gerichtsverfahren für die Erhöhungen ausschlaggebend war. Hiernach mussten neue Stellenbewertungen vorgenommen werden. Aufgrund der Gebäudeleittechnik hat sich eine höhere Stellenbewertung ergeben, dies betrifft insbesondere die Schulhausmeister.

Er erklärt weiterhin, dass es auch bei den Schulsekretären/innen eine Änderung in der Endgeldordnung gegeben hat. Dies wurde durch ein externes Unternehmen festgestellt und ist auf die offenen Ganztagschulen zurückzuführen.

Herr Bollmann (PR) schließt sich den Ausführungen an und erläutert, dass die Stellenbeschreibungen veraltet waren und nun bei einer Prüfung eine EG6 ergeben haben. An einigen Standorten würde man sogar eine Eingruppierung in EG7 vorfinden.

Ausschussmitglied Randschau von der SPD-Fraktion fragt in Bezug auf die Stellen 347 und 349, ob es Sinn macht über einen Hausmeisterpool nachzudenken.

Frau Eicher (FBL III) erläutert, dass die Bedarfe für diese Stellen klar gegeben sind. Die Gebäude und die jeweilige Technik jedoch zu komplex seien für die Nutzung eines Hausmeisterpools. Zudem bräuchten die Schüler/innen in der Person der/des Hausmeisters/in eine feste Bezugsperson.

Ausschussmitglied Dr. Buchholz von der FDP-Fraktion fragt wie die Personalaufwendungen geplant wurden. Er bittet um eine Erläuterung im Verhältnis zum Ist 2022. Mit dem Stellenplan könne der Personalaufwand nicht in Einklang gebracht werden.

Ausschussmitglied Egan von der WAB-Fraktion fragt, warum in der Personalabteilung 9 Stellen eingeplant sind.

Frau Bath (I.2) erklärt, dass diese sich auch 1 Stelle Leitung, 1 Stelle Bewerbungsmanagement, 1 Stelle Gesundheitsmanagement, 5 Stellen Sachbearbeitung, und 1 Stelle Springerstelle für die gesamte Verwaltung zusammensetzen.

Ausschussmitglied Egan von der WAB-Fraktion hinterfragt die Stellen 130 und 131 im Bereich Bürgerservice.

Bürgermeister Boege erläutert, dass die Stelle 130 schon aktiv besetzt sei und eine weitere Stelle im Bereich Infothek zwingend notwendig ist.

Ausschussmitglied Egan von der WAB-Fraktion hinterfragt die Stelle 145.

Frau Eicher (FBL III) erläutert, dass dem Fachdienst ein demografischer Wandel bevorsteht und Fachdienstleiter in den Ruhestand gehen. Zudem wird

die Kitareform nicht wie geplant umgesetzt und die Praxis zeigt, dass eine pädagogische Sicht in der Verwaltung sehr vorteilhaft ist.

Ausschussmitglied Egan von der WAB-Fraktion hinterfragt die Stelle 156. Er empfindet Schulsozialarbeit als eine freiwillige Leistung und als Landessache. Frau Eicher (FBL III) erklärt, dass die Schulsozialarbeit bereits seit 6-8 Jahren an Schulen installiert sei und diese Stellen nicht der Schule direkt zugeordnet seien. Aktuell seien 14 Personen in der Schulsozialarbeit tätig und diese Führungsspanne sei nicht mehr tragbar.

Stadtverordneter Stukenberg von der Fraktion BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN fragt, warum die zusätzliche Stelle bei der IT nur mit einer 9b ausgewiesen sei, obwohl man die Stellen in der IT von 9b auf 9c aufgewertet habe.

Herr Grindel (FBL I) erklärt, dass diese Aufwertung von 9b auf 9c bei der Schul-IT vorgenommen wurde, weil diese projektbezogener arbeitet. Die neue Stelle sei jedoch der Feuerwehr zugeordnet.

Ausschussmitglied Randschau von der SPD-Fraktion hinterfragt ebenfalls die Stelle 145. Er fragt wozu man eine Arbeitsentlastung brauche, wenn die Zuständigkeit ohnehin an den Kreis übergeht.

Frau Eicher (FBL III) erläutert, dass im Hinblick auf die Kitareform bereits 3 Stellen eingespart wurden. Jetzt sei eine zusätzliche Qualität erforderlich und sie habe hohe Not die Bereiche im Fachbereich III zu stabilisieren.

Bürgermeister Boege fügt hinzu, dass das neue Kitagesetz vermutlich nicht wie geplant in die nächste Phase übergeht und dadurch Personal gebraucht wird, welches zuvor schon eingespart wurde.

Ausschussmitglied Randschau von der SPD-Fraktion fragt, ob die Stellen 113 und 158 kostenneutral sind.

Herr Grindel (FBL III) führt aus, dass die Stelle 113 nicht kostenneutral ist und mit der persönlichen Situation des Stelleninhabers zu begründen ist.

Bürgermeister Boege gibt an, dass die Stelle 158 kostenneutral ist und bereits durch den Jugendhilfeausschuss beschlossen wurde.

12. Erlass der Haushaltssatzung für das Haushaltsjahr 2024

Ausschussmitglied Dr. Buchholz von der FDP-Fraktion hinterfragt einige Positionen z.B. Getränkelieferung für 14.000 € oder Leasing von Fahrzeugen für die IT für 65.000 € oder Möbel für 5.000 €.

Bürgermeister Boege erläutert, dass die Fahrzeuge für die IT und die Orga geplant sind. Den Ansatz für die Möbel findet er ebenfalls kritisch und zu gering. Hinter der Getränkelieferung verbirgt sich Wasser, welches allen Mitarbeitern kostenlos zur Verfügung gestellt wird und im Sommer auch gesetzlich vorgeschrieben ist.

Ausschussmitglied Randschau von der SPD-Fraktion hinterfragt die 15.000 € für WLAN Gremienarbeit unter 5431000.7431000 und die 12.000 € für den Austausch alter iPhones unter 0891000.7832000. Er denkt, dass die iPhones nicht zwingend alle 3 Jahre ausgetauscht werden müssen.

Ausschussmitglied Dr. Buchholz von der FDP-Fraktion hinterfragt die Position für demografische Entwicklung / Teilhabe /Inklusion.

Ausschussmitglied Egan von der WAB-Fraktion führt aus, dass die Kosten und Zuweisungen für Flüchtlinge im Vergleich zum Ist gesunken sind und möchte wissen, ob dies der letzte Stand der Dinge ist.

Ausschussmitglied Randschau von der SPD-Fraktion hinterfragt das E-Bike + Lastenfahrrad unter 0700000.7831000 und fragt nach einem Nutzungskonzept. Er fragt weiterhin, warum der Ansatz unter 5262000.7262000 für 2025 immer noch 5.000 € beträgt, obwohl der Ansatz für 2024 bereits 8.000 € ausweist. Bei der Position 5429000.7429000 fragt er, wie viel zurück kam an Fördergeldern.

Stadtverordneter Stukenberg von der Fraktion BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN bezieht sich auf die 14.000 € für Wasserlieferungen und bittet die Nutzung von Wasserspendern zu prüfen, insbesondere, weil diese 3 Optionen ermöglichen (kalt, mit Sprudel und ohne Sprudel).

Bei den iPhones bittet er Alternativen zu prüfen. So habe z.B. Samsung einen 4-jährigen Support und geringere Anschaffungskosten. Bei den iPads für die Schulen sollte man zudem auch die Alternative Homebook mit 8-jährigem Support prüfen.

13. Anfragen, Anregungen, Hinweise

Es werden keine Anfragen oder Anregungen gestellt.

Vorsitzender D. Levenhagen von der CDU-Fraktion schließt den öffentlichen Teil der Sitzung um 21:41 Uhr.

gez. Detlef Levenhagen
Vorsitzender

gez. Peggy Ehrig
Protokollführerin